

CK - 8. Juni 93 18

Politische Abteilung II
p.B.15.22.25.-AMA/PEM

Bern, 1. Juni 1993

AKTENNOTIZ

Offizieller Arbeitsbesuch von Staatssekretär J. Kellenberger in Israel und Jordanien,
15. - 20. Mai 1993

Stichwortprotokolle der Unterredungen

ISRAEL

1. Uri Savir, Generaldirektor AM
(keine Notiz)
2. Dr. Yitzak Arad, Direktor "Yad Vashem"
(vgl. Notiz "Bilaterale Fragen")
3. "Intelligence briefing" durch einen Vertreter des militärischen Nachrichtendienstes

Situation in der Region:

- "Bright side" (kurzfristig): Durch den Zusammenbruch der UdSSR, die Schwächung radikaler Staaten wie Syrien und Irak und die Aufwertung gemässigter wie Aegypten ist die Position Israels deutlich besser geworden. Israel kann dank dem Wegfall der UdSSR seinen technologischen Vorsprung über die Nachbarstaaten behalten.
- "Dark side" (langfristig): allg. "Hochrisikoregion"; galoppierende Bevölkerungszunahme; fehlende industrielle und politisch-institutionelle Basis in der Region; Künstlichkeit der Staaten (Ausnahme: Aegypten), welche mit der Schwächung der Zentralgewalt auseinanderbrechen; Gegensatz arm - reich; Gegensatz ölariche bevölkerungsarme - ölararme bevölkerungsreiche Staaten; mangelnde Wasserressourcen.
- *Iran*: Nationaler und religiöser Chauvinismus; kein "gemässiger" Flügel. Iran ist isoliert, arrogant, verunsichert. Die südlichen GUS-Republiken sind für den Iran Chance und Risiko zugleich: zahlreiche Kooperationsverträge, die mangels iranischer Experten toter Buchstabe



bleiben, Angst vor Uebergreifen ethnischer Konflikte (Azeri-Minderheit im Iran). Der Export der Revolution ist zurückgestellt worden, islamistische Gruppen in der Region werden aber diskret, vorsichtig und beharrlich unterstützt. Sudan, Aegypten und Algerien gelten als Sprungbretter; im Sudan befinden sich einige hundert (nicht tausend) Revolutionswächter. Hamas erhält vom Iran ca. 4 Mio US \$ pro Jahr. Die intransigente Haltung Israel gegenüber soll dem Iran Popularität unter den Massen der Region geben. Die Tatsache, dass der Iran beharrlich versucht, von Nordkorea Raketen mit über 1'000 km Reichweite zu kaufen, zeigt, dass Israel gefährdet ist (Tel Aviv 1'050 km). Hauptlieferanten für "dual-use" Güter sind die BRD und Italien, für Waffen Russland, China und Nordkorea. Obwohl der Iran 13 Mia US \$ kurzfristige Verpflichtungen hat ("Récession oblige !").

- *Syrien*: Syrien ist nicht Aegypten. Der Kampf gegen Israel ist Teil der Legitimität des Regimes. Eine Normalisierung mit Israel könnte "den Ballon platzen lassen".
- *USA*: der Mittlere Osten bleibt eine prioritäre Region (Oel, Waffenverkäufe).

4. Vize-Aussenminister Y. Beilin

(separate Notiz)

5. Uri Lubrani, Koordinator für den Libanon

- Vermisste IDF-Soldaten (separate Notiz)
- Friedensverhandlungen: Der Friedensprozess ist irreversibel, wird aber sehr lang sein und noch viele theatralische Momente erleben ("walk in, walk out !"). Die Libanesen sind von den Syrern "gebremst" worden. An der "Körpersprache" ist aber ersichtlich, dass Fortschritte möglich sind.

6. General F. Zach, stellv. Koordinator für die besetzten Gebiete

Seit dem zweiten Golfkrieg sind bei den Palästinensern positive Aenderungen zu verzeichnen: Sie haben das Prinzip einer Interimsperiode akzeptiert, die Intifada ist zurückgegangen. Erst seit dem Beginn des Friedensprozesses hat die Gewalttätigkeit infolge enttäuschter Hoffnungen und als politisches Druckmittel wieder zugenommen. Die Fatah führt ein Doppelspiel zwischen Friedensschalmeien und Gewaltanwendung.

"Positive Massnahmen" der Israeli:

In den besetzten Gebieten:

- keine Einkommenssteuer für neue Unternehmen

- Investitionen von aussen erlaubt
- freie Einfuhr von Devisen
- Gründung von Industrieparks (5 in Gasa, 3 in der Westbank)
- Suspendierung der Siedlungstätigkeit (nur noch Ausdehnung bestehender¹)
- praktisch keine Häuserzerstörungen als Strafmassnahme mehr²
- Rückgang der Administrationshaft³: 1992: 1'500 Personen / 1993: 300 Personen
- die Absperrung der "Gebiete" ist eine temporäre und partielle Massnahme:
45'000 Arbeitserlaubnisse

Im Friedensprozess:

- Diaspora in den Multilateralen
- UNO in Multilateralen
- IBRD in Multilateralen
- EG Ko-Organisator in den Multilateralen
- Land und Wasser nunmehr Verhandlungsgegenstand
- Entkriminalisierung der Kontakte zur PLO
- Golan steht zur Diskussion

7. A. Mantver.

Generaldirektor des Immigrations- und Absorptionsdepartements der Jewish Agency

- seit 1989 ca. 500'000 Immigranten aus der ex-UdSSR (10 % Bevölkerungszunahme)
 - Höhepunkt: Dezember 90:36'000; insgesamt werden ca. 1 Mio erwartet, d.h. wir befinden uns in der Mitte des "Zuflusses"; viele russische Immigranten aus neuen GUS-Staaten (Moldau, Abchasien)
 - Aethiopier: 54'000 ("Operation Moses" 1984: 7'000)
 - Re-Emigration: 2 %
 - 130'000 neue Wohnungen durch Staat erbaut; Privatwirtschaft: 20'000 pro Jahr
 - Ansiedlung Immigranten insbesondere im Süden (Negev) und Norden des Landes
 - Nach 2 Jahren haben 80 % der Immigranten eine Arbeit gefunden
 - 15'000 Aerzte (+ 65 %)
 - Nachfrage: Krankenschwestern, Informatik
 - Absorption kein Problem, wenn sich Wirtschaft anpasst (" If we produce soft-ware" !)
- Kein Platzmangel dank Negev

1. seit Rabin 11'000 "Housing units"
2. Dafür aber im Rahmen von "militärischen Operationen" mit Artillerie
3. ohne Gerichtsurteil

8. Palästinenser

- Von der neunten Verhandlungsrunde in Washington wurde viel erwartet; das Resultat entspricht der dritten Runde (Rückschritt !)
- Jerusalem: - Grossjerusalem (vorläufig aus den Gesprächen ausgeklammert) entspricht 20 % der Westbank:
 - 140'000 Siedler
 - Durch Absperrung der besetzten Gebiete de facto von der Westbank abgetrennt; Zweiteilung der Westbank wegen Jerusalem
 - Ungehinderte Siedlungstätigkeit im Raum Jerusalem
- Menschenrechte: seit Rabin Verhärtung (1993: bereits 73 Tote, 5'000 Verletzte im Gasastreifen)
- Resolution 799 (Deportationen): war ein (negativ ausgefallener) Test betreffend Durchsetzbarkeit der Resolutionen 242 und 338
- Mit dem Ausfall Russlands existiert de facto nur noch ein (parteiischer) Ko-Sponsor: die USA; die EG sollte neuer Ko-Sponsor werden
- Die Madrider Bedingungen waren ungerecht (keine PLO; keine Diasporavertreter; Jerusalem ausgeklammert; UNO und Europa ohne Rolle). Wir sind in den Friedensprozess trotzdem eingestiegen in der Hoffnung auf die neue internationale Weltordnung und enttäuscht (wenn nicht getäuscht) worden.
- Wichtige Differenzen im Friedensprozess:
 - Jerusalem
 - Vernetzung von Interims- und endgültiger Lösung
 - geographische Definition des "Autonomiegebietes"; nach israelischer Vorstellung sind 67 % der Westbank ausgeklammert (Jerusalem, Siedlungen, "konfisziertes Staatsland")
 - Siedlungstätigkeit während der Interimsperiode; seit dem Antritt von PM Rabin sind 11'000 zusätzliche Häuser gebaut worden; neue "faits accomplis" werden täglich geschaffen.
 - Wahlen: int. "supervision" (Palästinenser) oder "superviser" (Israeli); legislative Befugnisse der Autonomiebehörde.
 - Gültigkeit der Res. 242 für die endgültige Lösung (keine "konstruktive Zweideutigkeit")

JORDANIEN9. Abdul Salam AL-MAJALI, Delegationschef in Washington**Friedensprozess im allgemeinen*

- Am 26. oder 27. Mai 1993 werden sich die arabischen Aussenminister treffen, um über die weitere Haltung betreffend den Friedensprozess zu entscheiden. Dieser könnte ab 8. Juni (am 7. Juni 1967 ist Jerusalem gefallen) fortgesetzt werden.
- Die USA interessieren sich nach wie vor für die Region. Das Oel ist für sie lebenswichtig, und der Palästinakonflikt der Funken, welcher es entzünden könnte. Warren Christopher hat aber nicht die Autorität, über welche Baker verfügte.
- Der Friedensprozess wird lange dauern. Die Rabin Regierung möchte Konzessionen machen, kann aber aus innenpolitischen Gründen nur langsam vorgehen. Immerhin sind verschiedene Tabus gefallen:
 - nach 1967 deportierte Palästinenser konnten in die besetzten Gebiete zurückkehren
 - Arbeitsgruppen sind mit den Palästinensern gebildet worden
 - Israel spricht nunmehr von "Israelis on the Territories" (Siedler)
 - einen palästinensischen Staat wird es neuerdings nicht mehr "never" sondern nur noch "not now" geben
- Die neunte Runde in Washington ist in erster Linie an der Lage in den besetzten Gebieten (Gasa) gescheitert, und nicht am Inhalt der Gespräche. Israel unterschätzt die Bedeutung der Menschenrechtsfrage und setzt sie als Verhandlungskarte ein - eine unmoralische und für Israel und den Friedensprozess äusserst gefährliche Politik.
- Die Palästinenser hätten das israelische Papier als Verhandlungsgrundlage akzeptieren sollten. Damit hätten sie die positiven Punkte des Papiers gesichert gehabt.
- Die palästinensische Delegation ist tatsächlich sehr heterogen. Dies hat sich Israel selbst zuzuschreiben wegen seiner verfehlten PLO-Politik. "Der Mörder ging an das Begräbnis seines Opfers und fragte, warum es gestorben sei !"

* Seit 1.6.93 Premier-, Aussen- und Verteidigungsminister

Verhandlungen Israel-Jordanien

Es geht in erste Linie um folgende Themenkreise, über deren Lösungsbasis man sich bereits geeinigt hat:

- Flüchtlinge (Völkerrecht)

- Grenzen (Mandatsgrenzen)

(Es geht um ca. 30 km² im Jordantal. Ein Disput geht auf 1948 zurück, der andere auf eine israelische "Inkursion" kurz nach dem Sechstagekrieg)

- Wasser (.....)

- Die israelische Seite hat Tendenz, über "Kooperation" sprechen zu wollen, die jordanische über eine gerechte Teilung der zur Verfügung stehenden Wasserressourcen. ("Sprechen wir zuerst über diese Frage; anschliessend können wir zusammen bis nach Alaska gehen, um zusätzliches Wasser zu beschaffen !")

- Die jordanisch-israelischen Verhandlungen sind die einzigen, in denen bereits über die Substanz verhandelt wird. In allen anderen spricht man nach wie vor über die Agenda. Jordanier und Israelis verhandeln de facto anhand einer Agenda, welche formell nie angenommen worden ist.

10. Generaldirektor des AM Hussein Hamami

(vgl. Notiz BAWI)

11. Aussenminister Kamel ABU JABER (J)

(J. ist Staatsrechtprofessor und hat auch schweizerisches Staatsrecht unterrichtet)

- Die Frage einer palästinensisch-jordanischen oder israelisch-palästinensisch-jordanischen Konföderation (für welche das Schweizer Modell interessant wäre) steht vorderhand nicht zur Diskussion, damit die Verhandlungen mit Israel nicht unnötig kompliziert werden. Die Eidgenossenschaft ist auch nicht über Nacht entstanden.

- Friedensprozess (ähnlich Majali): Es gibt Fortschritte, aber man braucht Zeit (vgl. Verhandlungen USA-Vietcong). Die Menschenrechtsfrage ist eine Zeitbombe und sollte israelischerseits nicht als Druckmittel missbraucht werden. Israel spielt damit in die Hände

der Hamas. Der Friedensprozess ist eine einmalige Chance, einen "ehrenhaften" und "vollständigen" Frieden zu schaffen. Wird diese Chance verpasst, droht ein Rückschlag ins "politische Steinzeitalter".

- Betreffend israelische Sicherheitsbedürfnisse:
Die Palästinenser sind ebenfalls traumatisiert. Die Juden sind in der arabisch-islamischen Welt nicht verfolgt worden. Israel hat den Terrorismus in diese Region gebracht.

12. Kronprinz Hassan (Bruder von König Hussein)

(ein langer, sehr sprunghafter und schwer verständlicher Monolog)

Menschenrechte:

- Jordanien hat es bisher verstanden, die "Islamisten" ins politische System zu integrieren
- Es sollte mehr Gewicht auf die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte gelegt werden, bzw. das Gleichgewicht mit den politischen sollte bewahrt werden (traditionelle Position des Südens).
- Jordanien wird (wann ?) eine internationale Konferenz islamischer "Ulema" (traditionelle Rechtsgelehrte) empfangen. Sämtliche islamische Richtungen werden - zum ersten Mal - vertreten sein: Sunniten, Schiiten, Ibaditen (Oman), Zayditen (Jemen) etc. Der Islam respektiert die Menschenrechte. Die Schaffung eines Internationalen islamischen Fonds, welcher von Zakat-Geldern (Pflichtalmosen) gespeist würde, soll helfen, den Iranern und Saudiarabern den Wind aus den Segeln zu nehmen bzw. den toleranten und aufgeklärten Islam gegenüber dem fundamentalistischen zu stärken. "Wer heute in Deutschland eine Moschee bauen will, geht zur iranischen Botschaft !"

Zusammenarbeit innerhalb der Region und mit dem Westen

- Der Westen bevorzugt die ölreichen Staaten der Region und Israel; die armen Länder werden vernachlässigt. Wichtig sind Oel und Waffenverkäufe.
- Alle wichtigen internationalen Entscheide werden in der G 7 gefällt.
- Jordanien hat Fritz Leutwiler zum wirtschaftspolitisch-strategischen Berater ernannt.

13. Direktor für palästinensische Angelegenheiten im AM Abdel Rsheid

- Beziehungen Jordanien - Westbank: Trotz der völkerrechtlichen und administrativen Trennung seit 1988 pflegt Jordanien aus humanitären Erwägungen enge Beziehungen zur Bevölkerung der Westbank:
 - Pässe (allerdings nur 2 Jahre gültig)
 - Exporterleichterung; Vermarktung von Exporten

- Ausbildung (z.B. Maturitätszeugnisse)
 - Zivilstatus
 - Löhne von Beamten
 - medizinische Behandlung
- Rückkehr von 300'000 Jordaniern und Palästinensern aus dem Golf: Dies hat die jordanische Infrastruktur stark belastet. Es gibt neuerdings zuwenig Spitalbetten, und auf einen Telefonanschluss muss nunmehr 1 - 2 Jahre gewartet werden.
 - UNRWA: Die UNRWA muss aus Finanzgründen ihre Dienstleistungen (Medizin, Ausbildung, direkte Unterstützung) zu einem Zeitpunkt reduzieren, zu dem die Flüchtlinge - insbesondere in den besetzten Gebieten - besonders darauf angewiesen wären. **Die Flüchtlinge verstehen dies als politisches Signal, radikalisieren sich und laufen zur "Hamis" über.**

14. Finanzminister Basel Jardaneh

(separate Notiz des BAWI)

15. Planungsminister Ziad Fariz

(separate Notiz des BAWI)

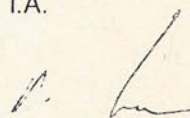
16. Premierminister Sharif Zeid Ben Shaker

(ex-General)

- Lob der bilateralen Beziehungen
- Der Friedensprozess ist eine einmalige Chance, die nicht verpasst werden sollte.
- Die USA sind zu Israel - freundlich; wir brauchen Europa
- Israel übertreibt seine Sicherheitsbedürfnisse. Seine Menschenrechtsverletzungen werden ungestraft toleriert.
- Israel hat den Terrorismus in die Region gebracht.

Politische Abteilung II

i.A.



M. Aeschbacher

Kopie: EDA: - KE
- DIO, DV, DEH
- PA I, PA III, FWD, PS, Presse- und Information
- Koordinator für int. Flüchtlingspolitik
- SI, FMD, LOB, AMA

EVD, BAWI Herrn Heuberger

Schweizerische Botschaften in Amman und Tel Aviv

OK - 8. Juni 98 18